

Peter Schallenberg / Thomas Berenz

Soziale Marktwirtschaft für Europa?

Der Beitrag erschien in der Reihe „Kirche und Gesellschaft“, Nr. 387, Februar 2012 (J.P. Bachem Medien GmbH, Köln).

Inmitten der wohl größten Bewährungsprobe für die europäische Staatengemeinschaft seit ihrer Gründung, haben im Januar 2012 die Bischöfe der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) mit der Erklärung „Eine europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“ davor gewarnt, die europäische Integration in der gegenwärtigen Situation zum Stillstand kommen zu lassen. Vielmehr müsse der europäische Binnenmarkt auf der Grundlage einer *wettbewerbsfähigen Sozialen Marktwirtschaft*, die seit dem Vertrag von Lissabon als verbindliche Leitidee der Europäischen Union benannt ist, weiterentwickelt werden. Dabei stehen nicht allein ökonomische Interessen im Vordergrund: „Die Soziale Marktwirtschaft muss heute europäisiert werden, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, um den Schwächsten weiter wirksamen sozialen Schutz zu bieten, und um den Anforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes gemäß nachhaltig zu sein“ (COMECE, Nr. 24). Kann aber die Soziale Marktwirtschaft, die als politische Formel bereits in verschiedenen nationalstaatlichen Verträgen in Europa Eingang gefunden hat, tatsächlich ein Erfolgsmodell auf gesamteuropäischer Ebene werden? Was sind die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und lassen diese sich überhaupt *europäisieren*?

Das Ende einer Erfolgsstory?

„Die Ordnungsidee von Walter Eucken, Ludwig Erhard, ihren Mitstreitern und Schülern ist quicklebendig und zukunftsweisend nicht nur für das ganze Deutschland, sondern weit darüber hinaus. Ein Modell macht erneut Karriere in und für Gesamteuropa!“¹ Nahezu euphorisch äußerte sich der langjährige Staatsminister im Bundesministerium für Wirtschaft, Otto Schlecht, kurz vor seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zu Beginn der 1990er-Jahre zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Als junger Referent unter Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack hatte er die Anfänge dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbildes und dessen sichtbare Erfolge in den sogenannten *Wirtschaftswunderjahren* der noch jungen Bundesrepublik an den politischen Schaltstellen geradezu hautnah miterlebt. Als *ordnungspolitisches Gewissen der Bundesregierung* engagierte er sich zeitlebens für die Einhaltung der marktwirtschaftlichen Prinzipien und empfand es daher als „faszinierend und beglückend zugleich“² zu sehen, dass der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine neue, erfolgreiche Epoche bevorstand. Folgt man allerdings dem in Amsterdam lehrenden Wirtschaftsethiker Peter Koslowski, so hat diese Epoche bereits ihr Ende gefunden, noch bevor sie richtig an Fahrt aufneh-

men konnte. Im Rahmen eines Symposiums über die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 2006 stellte Koslowski nämlich eine eher betrübliche Prognose: Seiner Meinung nach ist die Soziale Marktwirtschaft in ihrer jetzigen Form als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an ihr Ende gekommen, da die Anwendbarkeit ihrer grundlegenden Prinzipien, allen voran das Prinzip der Solidarität, an ihr Ende gekommen seien. Innerhalb der Bevölkerung sei ein für den Fortbestand der Sozialen Marktwirtschaft notwendiger Konsens über die Gültigkeit der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität nicht mehr zu erreichen. Daher markiere das Ende der Anwendbarkeit der Prinzipien in letzter Konsequenz auch das Ende der Ordnung selbst.³

Die bereits hier sichtbare Diskrepanz in den gängigen Einschätzungen und Beurteilungen der Sozialen Marktwirtschaft fordert in der Tat, sich ihrer Grundlagen erneut bewusst zu werden und zu fragen, ob dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbild mehr und mehr verblasst oder ob es nicht vielmehr doch alle Voraussetzungen hat, gerade angesichts der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrisen zu einer gerechten Gestaltung der europäischen Integration beizutragen.

Ein Hinweis darauf, wie es überhaupt gesellschaftlich um das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft bestellt ist, findet sich in einer repräsentativen Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Januar 2010 durchführte: Demnach haben lediglich 38 % der dort Befragten eine positive Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft. 49 % kritisieren sie als *nicht wirklich sozial*. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Umfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (infas) im März 2011. Der Aussage, dass in Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft existiere, stimmen hier 14 % der Befragten „voll und ganz“ und 57 % „eher“ zu. Insgesamt 30 % stimmen dieser Aussage „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu. Und auch hier zeigen die Befragten große Besorgnis darüber, dass mit Blick auf das „Soziale“ eine spürbare Differenz zwischen Erwartung und Realität bestehe, die sich, so die Einschätzungen, besonders mit Blick auf die Bereiche des Arbeitsmarktes, der Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit in Zukunft noch vergrößern wird. Die Ergebnisse der Umfragen lassen natürlich jedes sozialethische Ohr hellhörig werden. Aus ihnen sprechen tiefe Verunsicherungen und Misstrauen gegenüber der Stabilität und Effizienz eines einst erfolgreichen und im Grunde erfolgversprechenden wirtschaftlichen Systems. Infolge der Krisen an den internationalen Finanzmärkten, der Wirtschaftskrise und der gegenwärtigen Krise der europäischen Währung ist das Vertrauen in die Marktwirtschaft gesunken. An seine Stelle sind Sorgen und

Ängste um die Tragfähigkeit eines Sozialsystems getreten, das eng, ja nahezu untrennbar mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft verbunden ist und dessen tragende Säulen der Solidarität und Subsidiarität mächtig ins Wanken geraten sind.

Ist damit aber tatsächlich die These belegt, nach der von einem *Ende* der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen werden kann, ja angesichts der offensichtlichen Fakten und Erfahrungen der letzten Jahre sogar gesprochen werden muss? Wäre es nicht ein Gebot der Stunde, zusammen mit der Sterbeglocke für ein tradiertes Wirtschaftssystem, die Epoche alternativer, vielleicht zeitgemäßer und zugleich zukunftsfähiger Wirtschafts- und Sozialmodelle einzuläuten? Ein erneuter Blick auf die Ergebnisse der Umfragen zur Sozialen Marktwirtschaft sollte warnen, zu voreilige Schlüsse zu ziehen. Denn nicht nur die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft hat im Vergleich zu den Vorjahren – und damit auch im Vergleich zu den Jahren *vor* den Krisen! – zugenommen, sondern immerhin 43 % der Befragten sind davon überzeugt, dass es überhaupt keine bessere Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft gibt. Zudem machen Analysen der Wirtschafts- und Finanzkrisen deutlich, dass nicht das System der Sozialen Marktwirtschaft an sich das eigentliche Problem oder gar der Auslöser jener Krisen und deren Folgen war. Vielmehr hat, neben anderen Auslösern, ein nahezu entfesseltes Streben von Unternehmen, Banken und Börsianern nach Gewinnmaximierung dazu geführt, dass innerhalb dieses Systems die Prinzipien von Freiheit, Verantwortung und Ordnung aus dem Gleichgewicht geraten sind. Die Interessen machtvoller Gruppen von Spekulanten traten zunehmend an die Stelle eines rechten Verhältnisses von Einzel- und gesamtgesellschaftlichen Interessen. Das wirtschaftliche Handeln nach einem „falschen Leitbild ungezügelter Märkte“⁴ stellte eine ergiebige Kapitalrendite, nicht aber den Menschen, nicht das Gemeinwohl in seinen Mittelpunkt. Hinter dem Ruf nach einem *starken Staat*, der in der Folge dieser Ereignisse zu vernehmen war und weiterhin zu hören ist, steht die Erkenntnis, dass eine Finanz- oder Marktwirtschaft ohne ordnungspolitische Regularien, ohne eine klar definierte Rahmenordnung und entsprechende Kontrollmechanismen schlicht nicht funktionieren kann. Eine solche Wirtschaft beschädigt zwangsläufig das Grundrecht auf Freiheit *aller* Menschen und führt zu nicht hinnehmbaren sozialen Ungerechtigkeiten.

Marktwirtschaft braucht eine Ordnung

Das ist bei weitem keine neue Erkenntnis. Sie führt uns – wenngleich auch nur fragmentarisch – zu den gedanklichen Wurzeln der Sozialen

Marktwirtschaft. Ihre geistigen Väter, eine Gruppe protestantischer und katholischer Christen um den Ökonom und Begründer der Freiburger Schule des *Ordoliberalismus*, Walter Eucken (1891 – 1950), hatten miterlebt, dass das wirtschaftspolitische Leitbild des „Laissez-faire“-Liberalismus, wie er sich im 19. Jahrhundert in Europa entwickelt hatte und in dem der Staat lediglich eine Rechtsstruktur schafft, im Übrigen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb aber sich selbst überlässt, eben nicht gleichzeitig mehr Freiheit für den Einzelnen bedeutete. Vielmehr behinderten private Machtblöcke, die sich als Folge des Marktliberalismus in Form von Kartellen und Monopolen bildeten, die Ausübung des Freiheitsrechts Anderer, führten zu einer Klassenspaltung der Gesellschaft und damit eine nicht geringe Anzahl von Menschen in eine große wirtschaftliche Not. Aufgrund dieser Erfahrungen mit der monopolistischen Form wirtschaftlicher Machtzentrierung wurden bereits 1890 in den USA die ersten Anti-Trust-Gesetze verabschiedet. Doch auch das andere Extrem, die zentrale Steuerung von Wirtschaftsprozessen durch den Staat, wie sie in teils massiver Weise in Deutschland durch die Nationalsozialisten und in den späteren Jahrzehnten durch sozialistische Diktaturen betrieben wurden, löste nicht das Problem der freiheitsbedrohenden Macht, sondern verlagerte die Macht lediglich in die Hand des Staates.⁵

Beide Extreme lassen sich allein aus sozialemethischer Perspektive in keinster Weise rechtfertigen. Sie ordnen den Menschen der Wirtschaft unter, erheben ihn zum *homo oeconomicus*⁶, zu einem allein auf Produktivität, Effizienz und Kapitalzuwachs ausgerichteten Subjekt. Das aber widerspricht vehement seiner Selbstverantwortung und Freiheit und folglich auch der dem Menschen eigenen und unter allen Umständen zu schützenden Würde. Eucken hätte daher vielleicht korrekturlos Papst Johannes Paul II. zugestimmt, der 1991 nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, und auf die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs jenes Wirtschaftssystems hinweisend, in seiner Enzyklika *Centesimus annus* schrieb: „Hier geht es nicht bloß um ein technisches Problem, sondern vielmehr um die Folgen der Verletzung der menschlichen Rechte auf wirtschaftliche Initiative, auf Eigentum und auf Freiheit im Bereich der Wirtschaft. Dazu kommt die kulturelle und nationale Dimension. Man kann den Menschen nicht einseitig von der Wirtschaft her begreifen und auch nicht auf Grund der bloßen Zugehörigkeit zu einer Klasse“ (Nr. 24).

Aufgrund ihrer Analyse suchten die Denker der Freiburger Schule, zu deren bekanntesten Vertretern neben Walter Eucken Alexander Rüstow,

Franz Böhm und Wilhelm Röpke gehörten, nach einer Wirtschaftsform, die einer wirtschaftlichen Effizienz und der in seiner Würde begründeten Freiheit des Menschen gerecht wird. Letztlich ist für die Freiburger Denker der Mensch das erste und eigentliche Herz und Kernstück der Wirtschaft. Ihm hat sich alle wirtschaftliche Effizienz nachzuordnen. Bildlich, aber überaus treffend hat es Alexander Rüstow formuliert, indem er die „Wirtschaft als Dienerin der Menschlichkeit“ charakterisierte. Dazu führte er weiter aus, dass die Wirtschaft „in allen Punkten und durchweg in den Dienst überwirtschaftlicher Werte gestellt werden muss, und daß im Konfliktfall diese überwirtschaftlichen Werte den Vorrang verdienen.“⁷

Weder die Wirtschaftspolitik des Laissez-faire noch die zentrale Lenkung von Wirtschaftsprozessen durch den Staat erfüllen – dessen ist sich vor allem Eucken sicher – die Voraussetzungen dafür, dass Selbstbestimmung und menschenwürdige Daseinsbedingungen erreicht werden können, da in beiden Fällen, wie eben ausgeführt, die Vermachtung der Wirtschaftsprozesse nicht *Wohlstand für alle*, sondern für einen Großteil von Menschen Elend und Armut und damit gesellschaftliche Isolation bedeutet.

Für Walter Eucken konnte aufgrund dessen nur ein Kompromiss beider Extreme die Grundlage einer wirklich trag- und funktionsfähigen, effizienten und vor allem menschenwürdigen Wirtschaftspolitik sein. Er trat für einen Wettbewerb ein, der sich durch vollständige Konkurrenz auszeichnet. Dort, „wo eine solche Konkurrenz nicht von sich aus einträte, solle eine Monopolkontrolle dafür sorgen, dass der Wirtschaftsprozess möglichst so abläuft, als ob vollständige Konkurrenz bestünde.“⁸ Dem Staat kommt die Rolle zu, innerhalb eines ordnungspolitischen Rahmens wenige, aber klare Regeln zu setzen und über deren Einhaltung zu wachen. Dabei ist aber nicht an die Form eines staatlichen Paternalismus zu denken, der die Eigengesetzlichkeiten eines durch Konkurrenz geprägten Wettbewerbs außer Kraft setzt. Vielmehr gestaltet der Staat den Wettbewerb in der Weise, dass dessen Funktionalität und sozialverträgliche Ausgestaltung erhalten und gesichert wird. Erst innerhalb dieser Rahmenordnung ist der freie Markt tatsächlich frei und erfüllt seine soziale Funktion. Darunter versteht Eucken nicht mehr und nicht weniger als die Unabhängigkeit des Wettbewerbs von wirtschaftlichen oder staatlichen Interessengruppen, deren Macht die Freiheit anderer einschränkt am Wettbewerb zu partizipieren.⁹ Nur wenn *allen* prinzipiell die gleichen Chancen der Partizipation am Wettbewerb zugebilligt werden,

kann von sozialer Gerechtigkeit gesprochen werden, die als Ziel einer Wirtschaftspolitik allen Effizienzgesichtspunkten vorzuziehen ist.

Marktwirtschaft braucht den sozialen Ausgleich

Für *Alfred Müller-Armack* (1901 – 1978), der sich wie Walter Eucken bereits lange vor Ende des Zweiten Weltkrieges um einen soliden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach 1945 Gedanken machte, besaßen die theoretischen Analysen der aufgrund des Ordnungsgedankens als *Ordoliberalismus* bezeichneten Denkrichtung der Freiburger Schule eine große Attraktivität. Noch bevor ihn der Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard zunächst als Leiter der Grundsatzabteilung, dann als Staatssekretär für europäische Angelegenheiten in sein Ministerium berief, formulierte Müller-Armack in seiner Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ (1946) den Begriff der *Sozialen Marktwirtschaft*. Wie die Denker der Freiburger Schule hielt Müller-Armack an der Form des Wettbewerbes unter staatlicher Aufsicht fest. Zwar sah er, dass die Marktwirtschaft an sich einen sozialen Charakter hat, weil sie in der Lage ist, „eine größere und mannigfaltigere Gütermenge zu Preisen anzubieten, die der Konsument durch seine Nachfrage entscheidend mitbestimmt und die durch niedrige Preise den Realwert des Lohnes erhöht und dadurch eine größere und breitere Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse erlaubt“.¹⁰ Einen umfassenden sozialen Schutz sah er durch den Markt allerdings nicht gewährleistet. Die Marktwirtschaft „ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen. Es bedarf vielmehr hier einer bewussten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozess der Gütererzeugung vollzieht“.¹¹ Hier liegt der Grund dafür, dass Müller-Armack zeitlebens Wert darauf legte, dass das *Soziale* in seiner einprägsamen Wortkombination von einer *Sozialen Marktwirtschaft* stets mit einem großen „S“ geschrieben wird. Das Soziale war für ihn weit mehr als ein besonders gut gelungener schmückender Zusatz oder bloßes adjektivisches Anhängsel zu der zunächst rein technisch zu verstehenden Organisationsform der Marktwirtschaft. Es war vielmehr ein notwendiges Komplement, bei dem die Kräfte des Marktes den Ausbau der sozialen Sicherung tragen und im Gegenzug die sozialen Siche-

rungen die Funktionsfähigkeit und das fortdauernde Funktionieren des Marktes garantieren.¹² Die Notwendigkeit erschloss sich für Müller-Armack aus der Analyse der Logik des Marktes. Er sah dabei sehr wohl die unverkennbaren sozialen und ökonomischen Vorteile des freien Marktes: Ein freier Markt fördert das persönliche Leistungsstreben der Marktteilnehmer; das freie Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage steigert Innovationen und den technischen Fortschritt. Zudem verspricht die marktkonforme Koordination von Angebot und Nachfrage eine wesentlich höhere Effizienz und Güterversorgung als sie von einer zentralen Lenkung durch den Staat oder wirtschaftliche Interessengruppen überhaupt erzielt werden könnte.

Allerdings sah Müller-Armack zugleich, dass jenes wohlförderliche Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft trotz seiner produktiven Leistung niemals ganz auszuschließende Risiken in sich birgt, vor denen sich der einzelne Marktteilnehmer nur sehr bedingt selber schützen kann. Zwar können staatliche Ordnungsrahmen kartellartige Strukturen verhindern. Die in der Logik des Marktes liegenden Risiken, wie den Verlust des Arbeitsplatzes, Insolvenzen in Folge von Konjunkturzyklen oder Verdrängung durch Konkurrenz, sind hingegen niemals ganz auszuschalten. Sie gehören vielmehr, nach einem bekannten Diktum Joseph Schumpeters, zum notwendigen „Prozess der schöpferischen Zerstörung“¹³, der einer wirklichen ökonomisch-innovativen Weiterentwicklung vorangehen muss. Es ist aber verständlich, dass sich wohl niemand derartigen Risiken des Marktes aussetzen würde, wenn sie nicht von einer solidarischen Verpflichtung getragen wären, die im Sinne der sozialen Gerechtigkeit nach einem Zusammenbruch auf dem Markt die sozialen Folgewirkungen abfedern und im Sinne der Subsidiarität neue Chancen der Partizipation eröffnen würden. Aber nicht nur der Prozess der Zerstörung gehört zur Logik des Marktes. Zu ihr gehört auch, dass nur derjenige eine Chance hat auf dem Markt zu bestehen und auf dem Markt eine Gegenleistung zu erwarten hat, der selber Leistung auf dem Markt erbringen kann. Da die Marktwirtschaft aufgrund dieser ihr eigenen Logik keinen umfassenden sozialen Ausgleich leisten kann, ergänzte sie Müller-Armack durch ein vielgestaltiges und umfassendes Sozialprogramm.¹⁴

Zusammenfassend lässt sich sagen: „Hinter dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft steht also mehr als nur die Sorge um die Funktionsfähigkeit einer freien Wettbewerbsordnung, die rechtsstaatlichen Anforderungen gerecht wird. Über das Funktionale hinaus geht es Müller-Armack (...) darum, eine ethische Grundformel für die Vereinbarkeit

von marktwirtschaftlichen Ordnungs- und sozialen Ausgleichsprinzipien zu finden. Aus seiner Sicht verbindet sich mit dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft daher auch die Aufforderung zur Schaffung einer Sozialethik, die sowohl den Konflikt zwischen den Wirtschaftssystemen der Markt- und Planwirtschaft als auch soziale Konflikte entschärfen sollte“.¹⁵

Die Soziale Marktwirtschaft ein Modell für Europa?

Neben der Symbiose von Sozialität und Markt, von sozialem Ausgleich und wirtschaftlichem Erfolg, gewinnt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft durch einen weiteren Aspekt enorm an Attraktivität. Alfred Müller-Armack hebt ihn eigens hervor: „Der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft ist (...) ein der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke, der sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in der übrigen Welt – wenn schon nicht immer unter der gleichen Chiffre, so doch der Sache nach – aufnötigt“.¹⁶ Die Soziale Marktwirtschaft ist keine fertige, statische Institution oder eine genau definierte Wirtschaftsordnung. Sie ist vielmehr ein äußerst flexibles, wirtschaftspolitisches Leitbild, das auf den Grundprinzipien von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit aufbaut und das an bestimmte anthropologische Vorstellungen gebunden ist, das aber den sich ständig wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen angepasst werden kann und – damit seine Funktionsfähigkeit erhalten bleibt – angepasst werden muss. Der, bei allen noch zu bewältigenden Problemen, dennoch als erfolgreich zu bezeichnende Transformationsprozess der Länder Mittel- und Osteuropas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, hat die Anpassungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Ob allerdings eine Revision und zeitgemäße Ausgestaltung eine inhaltlich immer angemessene Füllung des „Stilgedankens“ von der Sozialen Marktwirtschaft in der Vergangenheit mit der Kontinuität stattgefunden hat, wie es erforderlich gewesen wäre, darf kritisch hinterfragt werden. Für Deutschland jedenfalls stellte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Prof. Dr. Michael Hüther, anlässlich einer Tagung zu 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft fest, dass „die deutsche Ordnungspolitik, die sich konzeptionell hinter dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verbirgt, (...) eine solche Überprüfung unter den Bedingungen der Gegenwart bislang weder konsequent noch konsistent erfahren“ hat.¹⁷ Im Laufe der Jahrzehnte ist die Soziale Marktwirtschaft vielmehr verwässert worden. Sie bietet weit weniger Markt und – dies spiegelte sich auch in den eingangs erwähnten Umfrageergebnissen

wider – kann daher letztlich auch weit weniger soziale Wirkung entfalten als ihr möglich wäre. Doch gerade angesichts international agierender Finanzmärkte, den Erfahrungen und Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisen wird offensichtlich, dass nicht nur nationalstaatlich gesehen die Soziale Marktwirtschaft einer Weiterentwicklung und Neuorientierung auch in moralisch-verantwortungsbewusster Hinsicht bedarf. Auch das globale Wirtschaftssystem ist auf einen ordnenden Rahmen im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft angewiesen, in der wirtschaftliche Effizienz und allgemeingesellschaftliche Prämissen deutlich zur Geltung kommen müssen. Zudem erfordern die demographischen Entwicklungen, die Folgen der Klimaerwärmung und der Ressourcenknappheit, dass die Gestaltung der Soziale Marktwirtschaft vermehrt metaökonomische Ziele in den Blick nimmt.

Es ist daher – wie gesehen, auch ganz im Sinne Alfred Müller-Armacks – sehr zu begrüßen, dass mit dem mühsam errungenen (Reform-) Vertrag der Europäischen Union der Terminus *Soziale Marktwirtschaft* erstmals in ein internationales Vertragswerk Aufnahme fand. Der am 13. Dezember 2007 durch die 27 Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon unterzeichnete und gut zwei Jahre später, am 1. Dezember 2009, in Kraft getretene Vertrag der EU nennt als gemeinsame Bestimmung der Mitgliedsstaaten und als Ziel des Binnenmarktes eine „nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“.¹⁸ Dieses explizite Bekenntnis der EU-Mitgliedstaaten zu einem spezifischen ordnungspolitischen Leitbild ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis einer langen Auseinandersetzung, von deren Beginn an der Terminus der Sozialen Marktwirtschaft in der Europäischen Union sehr umstritten war.¹⁹ Die Soziale Marktwirtschaft galt als primär deutsches Modell, das auf eine ganz spezifische Situation im Nachkriegsdeutschland zugeschnitten war und dem auf europäischer Ebene stets eine Reihe weiterer wirtschaftspolitischer Traditionen gegenüber standen. Um nicht das Gebot der Neutralität zu verletzen, enthielt sich die Europäische Kommission einer Festlegung auf dieses oder ein anderes Modell. Dennoch zeigt eine Durchsicht der europäischen Wirtschaftsverfassung, „dass das ordnungspolitische Leitbild der EU deutlich von der Sozialen Marktwirtschaft geprägt ist. Das gilt ganz besonders für die Bedeutung des Wettbewerbsgedankens in Form offener Märkte und freien Wettbewerbs, und es gilt – nach Maas-

tricht – in besonderem Maße auch für die europäische Währungs- und Geldordnung. Die europäische Wettbewerbsordnung fußt auf den gleichen wettbewerbstheoretischen Vorstellungen wie sie auch dem deutschen Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zugrunde liegen“.²⁰

Wenn auch der Terminus der wettbewerbsfähigen Sozialen Marktwirtschaft nun Eingang in den EU-Vertrag gefunden hat und damit Bestandteil europäischen Primärrechts ist, steht indes seine inhaltliche Ausgestaltung noch aus. In die Debatte darüber, wie das Ziel einer europäischen, wettbewerbsfähigen Sozialen Marktwirtschaft erreicht und ausgestaltet werden kann, haben sich auch die Bischöfe der COMECE eingebracht. In fünf Kapiteln behandelt ihr eingangs erwähntes Memorandum zunächst die kulturellen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, sodann den bereits von Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Caritas in veritate* (2009) angesprochenen Aspekt des freien, fürsorgenden Handelns jenseits der Tauschgerechtigkeit, dann den Zusammenhang von Marktwirtschaft und Wettbewerb, schließlich die Sozialpolitik und zum Schluss das Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit als einen Grundstein moderner Sozialer Marktwirtschaft. Auch wenn es eine lange Zeit gebraucht hat, bis die katholische Soziallehre dies erkannt hat – letztlich dauerte dieser Prozess bis zum Ende des 20. Jahrhunderts und gipfelte 1991 mit der Enzyklika *Centesimus annus* von Papst Johannes Paul II. in „eine Art Höhepunkt der Versöhnung zwischen Sozialer Marktwirtschaft und den Grundansätzen der katholischen Soziallehre“²¹ – besteht mit Blick auf die anthropologischen, sozialen und ethischen Prinzipien eine wohl kaum zu übersehende Nähe zwischen dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und der katholischen Soziallehre. Dies gilt insbesondere für die Auffassung über den Menschen als Person sowie das hierauf basierende Verständnis von Gesellschaft und gesellschaftlichen Institutionen, die der Entfaltung der Person zu dienen haben.

Gleichwohl die Bischöfe ein integratives Konzept entfalten, dass sich Ökonomie, Ökologie und sozialer Ausrichtung gleichermaßen verpflichtet fühlt, beruht ihr klares Bekenntnis zum wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft nicht primär auf einem wirtschaftstheoretischen Interesse. Und es geht ihnen nicht nur um die Frage nach der Stabilität und Effizienz eines Wirtschaftssystems oder um die konkrete Ausgestaltung eines solchen Systems, was letztlich, der Tradition der katholischen Soziallehre folgend, dem Primat der Politik zukommt. Ihr Hauptinteresse gilt dem Menschen und der Frage nach sozialer Gerechtigkeit: „Wir sind uns dabei bewusst, dass die Kir-

che keine technischen Lösungen und keine eigenen politischen oder wirtschaftlichen Modelle anzubieten hat. Aber weil die Kirche wirklich unter den Menschen lebt, nimmt sie sich auch ihrer Sorgen und Nöte in zeitlichen Dingen an“ (COMECE, Einleitung). Mit Blick auf die eingangs genannten Umfrageergebnisse zeigt sich zumindest eine von vielen Sorgen der Menschen: Die Sorge um den Erhalt der gemeinschaftlichen Solidarität und um die soziale Gerechtigkeit. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Memorandum der Bischöfe daher die Forderung, dass die wirtschaftspolitische Ausgestaltung des Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft sich in ihren unterschiedlichen Bereichen an dem Maßstab der Gerechtigkeit zu orientieren hat. Wenn, wie es das Zweite Vatikanische Konzil sagt, der Mensch „Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft“ ist (Gaudium et spes, Nr. 63), dann kann das Sachziel der Wirtschaft nicht allein in einer Anhäufung von Gewinn, Kapital und Vermögen bestehen. Demzufolge reicht es nicht aus, allein eine distributive Gerechtigkeit einzufordern, die im Sinne einer verteilungsgerechten Alimentierung jedem – ohne den bekannten Slogan Ludwig Erhards diskreditieren zu wollen – einzig und allein „Wohlstand für alle“ verspricht. Verteilungsgerechtigkeit als Teilhabegerechtigkeit setzt voraus, dass jedem Menschen das Recht und die Freiheit zukommt, die grundlegenden materiellen und immateriellen Möglichkeiten zu haben, sein Leben in eigener Verantwortung zu führen und gleichberechtigt bei der Gestaltung des Lebens in der Gesellschaft – und damit auch im Wirtschaftsleben – mitwirken und mitbestimmen zu können.

Hier kommt eine weitere Dimension des Marktes hinzu, auf die bereits Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Caritas in veritate* aufmerksam macht. Der Markt, so schreibt der Papst, „ist die wirtschaftliche Institution, die Begegnung zwischen den Menschen ermöglicht“ (*Caritas in veritate*, 35). Das christliche Menschenbild versteht den Menschen nicht allein als Individualnatur, sondern zugleich als Sozialnatur. Niemand erfährt sich als Individuum ohne seine soziale Umwelt und ohne den Mitmenschen; wir sind Individuen, aber nur durch die Ansprache und Ansehung der Mitmenschen. Daraus folgt zugleich, dass kein Mensch nur für sich selber da ist und nur für sich allein Verantwortung trägt. Erst in der Solidarität und in der Sorge um das Gemeinwohl erfüllt sich menschliches Leben. Daher betonen die Bischöfe der COMECE: „Ungeschuldete, helfende Zuwendung, die in freier Form als tätige Liebe und Solidarität ohne die Erwartung unverzüglicher und direkter Gegenleistung erfolgt und oft religiösen Impulsen entspringt, darf weder durch bürokratisierte Formen staatlicher Solidarität noch durch

kurzfristig überlegene Marktlösungen erstickt werden. Sie ist unersetzbar und unverzichtbar, insofern sie die moralische Sensibilität des Einzelnen fördert und neben dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit wesentlich zur Erzeugung jenes Vertrauenskapitals beiträgt, das für das Wachsen verlässlicher Beziehungen und das Zusammenleben von Menschen notwendig ist“ (COMECE, Nr. 5). Europa ist mehr als ein wirtschaftliches oder finanztechnisches Projekt. Es ist ein politisches und zugleich ein soziales Projekt der Förderung jeder Person in ihrer Entwicklung zu mehr Personalität. Das geschieht durch den Wirtschaftsprozess einer wettbewerbsorientierten und zugleich regelgeleiteten Marktwirtschaft, die Freiheit und Solidarität miteinander verbindet.

Ist nun aber, um abschließend auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, die Soziale Marktwirtschaft nicht doch ein Auslaufmodell, das den wachsenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht mehr gewachsen ist? Oder kann sie, vor allem in den gegenwärtigen, unruhigen Krisenzeiten, gleichsam zur treibenden Kraft der europäischen Integration werden? Mit dem eingangs zitierten Otto Schlecht darf, ja muss die Antwort lauten: Die Soziale Marktwirtschaft ist zukunftsweisend in und für Gesamteuropa! Als Konzept, das „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt und das Instrument der Wettbewerbswirtschaft mit dem Prinzip der Solidarität und Mechanismen des sozialen Ausgleichs“ verbindet (COMECE, Nr. 1) und zudem den Menschen in seiner ihm eigenen Würde mehr als jedes andere Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell achtet, bietet die Soziale Marktwirtschaft unübertreffliche Voraussetzungen nicht nur für eine europäische Ordnungspolitik, sondern – ganz im Sinne einer *Global Governance* – für eine politische Ordnung auf Weltebene. Doch allein die bloße Verankerung des Leitbildes der wettbewerbsfähigen Sozialen Marktwirtschaft in der Verfassung der EU, wird sicher nicht ausreichen.²² Funktionsfähigkeit und Funktionalität der Sozialen Marktwirtschaft werden entscheidend davon abhängen, wie groß die Bereitschaft und Initiative, vor allem der politischen Kräfte sein wird, um die konzeptionelle Offenheit der Sozialen Marktwirtschaft zu nutzen und ihren Ordnungsrahmen konsequent neuen Herausforderungen anzupassen. Das verlangt neben ökonomischer Klugheit auch ökologische Verantwortung und vor allem die Achtung der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit. Mit Blick auf die Herausforderungen der Globalisierung mahnt Papst Benedikt XVI.: „Wir müssen nicht Opfer, sondern Gestalter werden“ (Caritas in veritate, Nr. 42). Das muss zugleich der Auftrag für Europa sein, besonders in der nicht leichten gegenwärtigen Situation. Gelingt dies, dann ist Europa in der

Tat „ein wirksames Zeichen des Friedens und der Gerechtigkeit“ (COMECE, Nr. 24) für die ganze Weltgemeinschaft.²³

Anmerkungen

- 1 Otto SCHLECHT, Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft (Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 27), Tübingen 1990, 204.
- 2 Ebd.
- 3 Vgl. dazu: Peter KOSLOWSKI, Konsensillusionen in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Michael von Hauff (Hg.), Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, Marburg 2007, 327 – 347.
- 4 So Reinhard Kardinal MARX in der Ausgabe des Handelsblatt vom 17.11.2010.
- 5 Vgl. Lüder GERKEN, Eucken, in: Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z, Paderborn 2002, 32 – 36, hier: 32 f.
- 6 Vgl. zum Hintergrund: Laurenz VOLKMANN, Homo oeconomicus. Studien zur Modellierung eines neuen Menschenbilds in der englischen Literatur vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert, Heidelberg 2003.
- 7 Alexander RÜSTOW, Wirtschaft als Dienerin der Menschlichkeit, in: Was wichtiger ist als Wirtschaft. Vorträge auf der fünfzehnten Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 29. Juni 1960 in Bad Godesberg (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Tagungsprotokoll Nr. 15), Ludwigsburg 1960, 7 – 16, hier: 15.
- 8 Zitiert nach: Otto SCHLECHT, Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, a. a. O., 9.
- 9 Vgl. ebd. 11.
- 10 Alfred MÜLLER-ARMACK, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern u. a. 2/1981, 100.
- 11 Vgl. ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration (Beiträge zur Wirtschaftspolitik 4), Freiburg i. Br. 1966, 106.
- 12 Vgl. ders., Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, a. a. O., 185.
- 13 Vgl. Joseph A. SCHUMPETER, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 2/1950, 134 ff.
- 14 Vgl. MÜLLER-ARMACK, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, a. a. O., 100 f.
- 15 Thomas WOLF, Der aktivierende Sozialstaat zwischen Freiheit und Zwang. Der begrenzte Spielraum moderner Sozialpolitik, Paderborn 2011, 190.
- 16 Alfred MÜLLER-ARMACK, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, a. a. O., 12.
- 17 Michael HÜTHER, Braucht es eine Neue Soziale Marktwirtschaft? Deutsche Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Ökonomie, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hg.), Drittes Forum menschenwürdige Wirt-

-
- schaftsordnung. 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt (Beiträge zur Tagung 2007 in Tutzing), Halle (Saale) 2008, 21 – 38, hier: 21.
- 18 Vertrag über die Europäische Union, Art. 3 Abs. 3.
- 19 Vgl. hierzu: Klaus-Dieter JOHN, Die Soziale Marktwirtschaft im Kontext der Europäischen Integration. Befund und Perspektiven, in: Michael von Hauff (Hg.), Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, a. a. O., 143 – 191.
- 20 Klaus-Dieter JOHN, Die Soziale Marktwirtschaft im Kontext der Europäischen Integration, a. a. O., 178.
- 21 Reinhard Kardinal MARX, Anmerkungen aus Sicht von Sozialethik und Anthropologie, in: Europa als Wertegemeinschaft. Wege und Irrwege. Zum 100. Geburtstag von Alfred Müller-Armack (Symposium / Ludwig-Erhard Stiftung Band 45), Krefeld 2002, 27 – 31, hier: 27.
- 22 Vgl. auch: Jens BECKERT, Grenzen des Marktes. Die sozialen Grundlagen wirtschaftlicher Effizienz, Frankfurt a. Main 1997.
- 23 Vgl. auch: Hans JOAS / Klaus WIEGANDT (Hg.), Die kulturellen Werte Europas, Frankfurt a. M. 2005.

Zur Person der Verfasser

Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg ist Lehrstuhlinhaber an der der Theologischen Fakultät Paderborn und Direktor der KSZ in Mönchengladbach.

Dipl. theol. Thomas Berenz ist wissenschaftlicher Referent bei der KSZ in Mönchengladbach.